

**2401 Anfrage (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) „Einsehbarkeit der Weisungen“**

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Vorstosstext**

Weisungen sind für die Gemeindebehörde verbindliche Festsetzungen, welche der Gemeinderat beschliesst. Die darin beschriebenen funktionalen Anforderungen sind für die Gemeindeverwaltung im Alltag handlungsanweisend. Kreditgeschäfte berufen sich oft auf Weisungen (bspw. bei der Entnahme aus Spezialfinanzierungen oder in der Frage der Gebundenheit von Ausgaben). Aktuell haben Parlamentsmitglieder keinen Zugriff auf die Weisungen. Die Mitglieder der Geschäftsprüfungs- und der Finanzkommission können geschäftsrelevante Weisungen auf der gesicherten Datenablageplattform «Teamraum» einsehen.

Der Bund macht seine Verwaltungsverordnungen mit Aussenwirkung aktiv der Öffentlichkeit zugänglich.<sup>1</sup> Dabei geht es darum, die Öffentlichkeit über das staatliche Handeln rechtzeitig und umfassend zu informieren.

Der Gemeinderat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten.

1. Wieso sind die Weisungen nicht für alle Parlamentsmitglieder einsehbar?
2. Wie gross wäre der Aufwand, allen Parlamentsmitgliedern die Einsehbarkeit aller Weisungen im «Teamraum» zu gewähren?
3. Beabsichtigt der Gemeinderat sämtliche Weisungen für alle Parlamentsmitglieder zugänglich zu machen?
4. Beabsichtigt der Gemeinderat die Weisungen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen?

**Eingereicht**

18.03.2024

**Unterschrieben von 22 Parlamentsmitgliedern**

Sandra Röthlisberger, Michael Gerber, Roland Akeret, Fabienne Marti, Andreas Hauser, Jürg Mosimann, Katja Streiff, Matthias Müller, Monika Röthlisberger, Christina Aebischer, Lukas Erni, Laura Hoffman, Simon Stocker, Dominik Fischli, David Müller, Géraldine Boesch, Matthias Stöckli, Christine Müller, Casimir von Arx, Florian Moser, Corina Burren, Reto Zbinden

**Antwort des Gemeinderates****1. Frage 1: Wieso sind die Weisungen nicht für alle Parlamentsmitglieder einsehbar?**

Gemäss Art. 11 Verwaltungsorganisationsreglement erlässt der Gemeinderat "zur näheren Regelung der Verwaltungstätigkeit die erforderlichen Weisungen". In der Gemeinde Köniz sind alle verwaltungsintern erstellten schriftlichen Regelungen zur Aufbau- und Ablauforganisation in Form von Weisungen, Abläufen und sonstigen Dokumenten im Handbuch Organisation (HbO) abgelegt. Beim Grossteil der schriftlichen Regelungen im Handbuch Organisation (mehr als 80 Dokumente) handelt es sich um Weisungen in Zuständigkeit des Gemeinderats, welcher als Exekutive der Gemeinde die Verwaltung führt und die Vorgaben für deren interne

---

<sup>1</sup> Vgl. <https://www.fedlex.admin.ch/de/fga/federal-council-directives>

Funktionsweise erlässt. Einzelne Dokumente wie z.B. spezifische Ablaufdiagramme sind in der Zuständigkeit der federführenden Direktion.

Das HbO wurde 2020 im Rahmen des Projekts "Neue Aktenführung Köniz" und der Einführung der elektronischen Geschäftsverwaltung (GEVER) gesamtüberarbeitet und nach funktionaler Ordnungsstruktur (entlang Themen und Aufgaben der Gemeinde) neu strukturiert.

Das HbO ist auf dem Intranet der Gemeinde Köniz und somit für alle Mitarbeitenden der Gemeinde Köniz einsehbar. Auf der Webseite der Gemeinde ist das HbO nicht publiziert und somit sind die Dokumente weder für die Öffentlichkeit noch für die Parlamentsmitglieder direkt einsehbar. Dies aus folgenden Gründen:

- Der Inhalt verschiedener Weisungen mit Aussenwirkung ist auf der Website der Gemeinde adressatengerecht publiziert und öffentlich zugänglich (z.B. Telefon- und Schalteröffnungszeiten, Merkblätter/Vorgaben für Beschaffungen, seit kurzem auf Anregung eines parlamentarischen Vorstosses auch die Vorgaben für Unterstützungsbeiträge an Organisationen und Vereine). Auf Anfrage können Weisungen den Parlamentsmitgliedern sowie interessierten Bürger:innen auf der Grundlage des Öffentlichkeitsprinzips zugestellt werden. Die für den Tätigkeitbereich von Parlamentskommissionen relevanten Weisungen sind in den jeweiligen Teamräumen (FIKO, GPK) aufgeschaltet und direkt zugänglich. Bei einzelnen Themen hat der Gemeinderat Weisungen als Anhang zu Parlamentsgeschäften zur Information zur Verfügung gestellt (z.B. Public Corporate Governance Richtlinie). Zudem kann jede Person via diverse Kommunikationskanäle Anliegen und Fragen an die Verwaltung und an die Behörden einbringen, diese werden zeitnah von der Verwaltung beantwortet. Somit sind zahlreiche relevante Informationen, welche in Weisungen geregelt sind, zugänglich.
- Gewisse Weisungen enthalten Vorgaben und Informationen, die aufgrund von Sicherheitsüberlegungen oder des Persönlichkeitsschutzes nicht für die breite Öffentlichkeit bestimmt sind (z.B. Vorgehen bei Notfällen, Vorgaben zur Nutzung und der Sicherheit der Informatikmittel, Vorgaben zum Personalwesen, Risikomanagement, detaillierte Spesenregelungen). Bei einer Publikation aller Weisungen müsste eine sorgfältige Prüfung und Triage vorgenommen werden, welche Informationen für die Öffentlichkeit bestimmt sind, mit entsprechendem Verwaltungsaufwand.
- Weisungen werden in erster Linie für die Verwaltung erstellt, da sie primär die interne Verwaltungstätigkeit regeln. Falls das gesamte HbO mit allen Weisungen für alle Parlamentsmitglieder und/oder die Öffentlichkeit publiziert würde, müssten die Weisungen zum Teil umformuliert werden. Da es sich bei der Mehrzahl der Weisungen um verwaltungsinterne Vorgaben handelt, sind diese häufig in einer für die allgemeine Öffentlichkeit nicht immer einfach verständlichen Form und Sprache formuliert. In vielen Fällen müssten diese wohl adressatengerecht aufgearbeitet und umformuliert werden.. Parallel dazu müsste dann bei verschiedenen Weisungen trotzdem zusätzlich noch interne Dokumente erstellt werden, welche die Detailabläufe für die Verwaltung klären. All dies würde zu einem zusätzlichen Verwaltungsaufwand führen.

## **2. Frage 2: Wie gross wäre der Aufwand, allen Parlamentsmitgliedern die Einsehbarkeit aller Weisungen im «Teamraum» zu gewähren?**

Die Arbeit der Parlamentsmitglieder (mit Ausnahme der Arbeit in Kommissionen) ist öffentlich, im Gegensatz zum Gemeinderat und der Verwaltung unterliegen Parlamentsmitglieder nicht dem Amtsgeheimnis. Deshalb müssten bei einer Veröffentlichung des HbO in einem Teamraum für alle Parlamentsmitglieder alle bestehenden Weisungen im Hinblick auf die in Antwort 1 genannten Punkte (Vertraulichkeit, sicherheitsrelevante Themen, adressatengerechte Formulierung) von der federführenden Abteilung überprüft und allenfalls überarbeitet werden. Anpassungen müssten vom Gemeinderat explizit genehmigt werden, dies würde auch für jede zukünftige Aktualisierung gelten. Der hierfür notwendige Aufwand kann nicht exakt beziffert werden, es kann aber davon ausgegangen werden, dass dieser bei über 80 Dokumenten beträchtlich ist.

**3. Frage 3: Beabsichtigt der Gemeinderat sämtliche Weisungen für alle Parlamentsmitglieder zugänglich zu machen?**

**4. Frage 4: Beabsichtigt der Gemeinderat die Weisungen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen?**

Aufgrund der in Antwort 1 und 2 gemachten Ausführungen beabsichtigt der Gemeinderat nicht, die Weisungen für alle Parlamentsmitglieder und/oder für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen, da dies zu einem unverhältnismässigen Verwaltungsaufwand führen würde (inkl. adressatengerechte Umformulierung/Aufarbeitung).

Köniz, 19. Juni 2024

Der Gemeinderat